

Berlin, 7. Februar 2018

**Ein neuer Aufbruch für Europa
Eine neue Dynamik für Deutschland
Ein neuer Zusammenhalt für unser Land**

**Koalitionsvertrag
zwischen
CDU, CSU und SPD**

Inhalt

Präambel	4
I. Ein neuer Aufbruch für Europa	6
II. Eine neue Dynamik für Deutschland	11
III. Familien und Kinder im Mittelpunkt	19
1. Familien	19
2. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz	21
3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern	23
4. Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern	25
5. Seniorinnen und Senioren	26
IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung	28
1. Allgemeine Bildung und Schulen	28
2. Berufliche Bildung und Weiterbildung	29
3. Hochschulen und Wissenschaft	32
4. Forschung und Innovation	34
5. Digitalisierung	37
V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern	50
1. Gute Arbeit	50
2. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Sozialabgaben	53
VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen	55
1. Wirtschaft	55
2. Finanzen und Steuern	66
3. Energie	71
4. Verkehr	74
5. Landwirtschaft und Ernährung	84
VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten	92
1. Rente	92
2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	94
3. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts	95
4. Gesundheit und Pflege	96
VIII. Zuwanderung steuern – Integration fordern und unterstützen	104
1. Flüchtlingspolitik	104
2. Erwerbsmigration	106
3. Gelingende Integration	106
4. Effizientere Verfahren	108
IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen	110
1. Wohnraumoffensive	110
2. Mieten	112
3. Stadtentwicklung und Baukultur	113
4. Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen	115
5. Heimat mit Zukunft	117

6.	<i>Lärmschutz und Bürgerbeteiligung</i>	121
7.	<i>Personenbeförderungsrecht, ÖPNV und Mobilität im ländlichen Raum</i>	122
X.	Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft	124
1.	<i>Pakt für den Rechtsstaat</i>	124
2.	<i>Moderner Staat</i>	129
3.	<i>Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft</i>	131
4.	<i>Prävention</i>	134
5.	<i>Verbraucherschutz</i>	135
6.	<i>Sport</i>	137
XI.	Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen	139
1.	<i>Umwelt und Klima</i>	139
2.	<i>Raumordnung</i>	145
XII.	Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt	146
1.	<i>Europäische Außen- und Sicherheitspolitik</i>	147
2.	<i>Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften</i>	149
3.	<i>Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik</i>	150
4.	<i>Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt</i>	151
5.	<i>Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik</i>	155
6.	<i>Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe</i>	157
7.	<i>Moderne Bundeswehr</i>	158
8.	<i>Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung</i>	161
XIII.	Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben	166
1.	<i>Bürgerbeteiligung</i>	166
2.	<i>Kunst, Kultur und Medien</i>	166
XIV.	Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen	177
1.	<i>Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen</i>	177
2.	<i>Kooperation der Parteien</i>	177
3.	<i>Kooperation der Fraktionen</i>	177
4.	<i>Arbeit in der Bundesregierung</i>	178
5.	<i>Europapolitische Koordinierung</i>	178
6.	<i>Evaluierung</i>	178

1 **Präambel**

2 Wir erleben neue politische Zeiten mit vielfältigen Herausforderungen für Deutsch-
3 land – sowohl international als auch national. Deutschland ist weltweit ein anerkannter
4 Partner, aber nur mit einem neuen Aufbruch für Europa wird Deutschland langfristig
5 Frieden, Sicherheit und Wohlstand garantieren können. Die Europäische Union
6 muss ihre Werte und ihr Wohlstandsversprechen bewahren und erneuern. Nur eine
7 starke Europäische Union ist der Garant für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und
8 Wohlstand.

9
10 Wir wollen eine neue Dynamik für Deutschland. Nur so können wir das Erreichte si-
11 chern und ausbauen. Unsere Ausgangslage ist gut. Die Wirtschaft boomt, noch nie
12 waren so viele Menschen in Arbeit und Beschäftigung. Das ist auch Ergebnis der
13 Regierungszusammenarbeit von CDU, CSU und SPD. Unsere heutige wirtschaftliche
14 Stärke eröffnet die Chance, Gerechtigkeit langfristig zu sichern. Unser Ziel ist ein
15 nachhaltiges und inklusives Wachstum, dessen Erträge allen zugutekommen. Wir
16 wollen die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisieren und die Chancen der
17 Digitalisierung nutzen. Deutschland braucht wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt,
18 an dem alle teilhaben.

19
20 Wir wollen, dass der Wohlstand bei allen Menschen ankommt. Das Wahlergebnis hat
21 gezeigt, dass viele Menschen unzufrieden und verunsichert sind. Daraus ziehen wir
22 mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag und seiner Politik die entsprechenden
23 Schlüsse. Wir wollen sichern, was gut ist, aber gleichzeitig den Mut zur politischen
24 Debatte, zu Erneuerung und für Veränderung beweisen.

25
26 Bürgerinnen und Bürger haben ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft, Sicherheit
27 im Alltag, Bewahrung der kulturellen Identität, Stabilität, einem guten Miteinander und
28 einer gestaltenden Politik, die Menschen auf Augenhöhe zusammenbringt. Millionen
29 Menschen engagieren sich in Deutschland in sozialen, kulturellen und lokalen Bewe-
30 gungen sowie in Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen, Kirchen und Religionsge-
31 meinschaften für unser Gemeinwesen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir unser Land
32 besser, sicherer und gerechter machen.

33
34 Wir werden die Probleme anpacken, welche die Menschen in ihrem Alltag bewegen,
35 und setzen uns mutige Ziele für die nächsten vier Jahre. Wir arbeiten für Stabilität
36 und Zusammenhalt, für Erneuerung und Sicherheit und für die Gleichwertigkeit der
37 Lebensverhältnisse in unserem Land. Die besonderen Herausforderungen in Ost-
38 deutschland erkennen wir als gesamtdeutschen Auftrag an.

39
40 Den sozialen Zusammenhalt in unserem Land wollen wir stärken und die entstan-
41 denen Spaltungen überwinden. Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und wollen
42 ihnen durch unsere gemeinsame Arbeit umfassend begegnen. Wir geben allen Kin-
43 dern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen, damit Leistung und Talent über die
44 persönliche Zukunft entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Wir schaffen neue Per-
45 spektiven für gute Arbeit und mehr Sicherheit im Alter.

46
47 Wir wollen, dass die Menschen bei uns die vielfältigen Chancen nutzen und in Si-
48 cherheit leben können. Familien stärken wir und sorgen dafür, dass Familie und Be-
49 ruf besser vereinbar sind.

50

51 Unser gemeinsames Ziel ist Vollbeschäftigung in Deutschland. Auch deshalb wollen
52 wir Arbeit und Leben besser vereinbaren und unsere sozialen Sicherungssysteme
53 modernisieren. Wir werden die Gesundheits- und Pflegeversicherung, die Alterssi-
54 cherung und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit weiter verbessern und an verän-
55 derte Rahmenbedingungen anpassen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch in
56 Zukunft verlässlich abgesichert sind.

57

58 Wir wollen unser Land erneuern, in die Zukunft investieren und Innovationen fördern,
59 damit wir unseren Wohlstand erhalten und ausbauen können.

60

61 Wir investieren in unser Land. Wir sorgen für genügend Kitaplätze, digital ausgestat-
62 tete Schulen und schnelles Internet in Stadt und Land. Wir machen Deutschland zur
63 energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt. Wir stärken unsere Sicherheitsbehör-
64 den und gewährleisten dadurch bestmögliche Sicherheit.

65

66 Den digitalen Wandel von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft werden wir so gestal-
67 ten, dass alle davon profitieren. Wir setzen auf Innovationen und wollen aus techni-
68 schem sozialen Fortschritt machen.

69

70 Wir werden Migration in Zukunft besser steuern und ordnen sowie die Integration von
71 Zugewanderten in unsere Gesellschaft umfassender fordern und unterstützen. Damit
72 geben wir eine Antwort auf internationale Migrationsbewegungen auf der einen Seite
73 und den Fachkräftebedarf in Deutschland auf der anderen Seite.

74

75 Mit unserem internationalen Engagement wollen wir einen größeren Beitrag leisten,
76 um weltweit zu besseren Lebensbedingungen beizutragen sowie Frieden wiederher-
77 zustellen und zu sichern.

78

79 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik wol-
80 len wir wieder stärken, indem wir Erneuerung und Zusammenhalt in den Mittelpunkt
81 unserer Arbeit stellen. Wir wollen eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden,
82 die das Richtige tut. Dabei streben wir einen politischen Stil an, der die öffentliche
83 Debatte belebt, Unterschiede sichtbar lässt und damit die Demokratie stärkt.

84 I. Ein neuer Aufbruch für Europa

85

86 Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt
87 und muss es auch künftig bleiben. Sie verbindet wirtschaftliche Integration und
88 Wohlstand mit Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Kern dieser europäi-
89 schen Vision ist, dass die EU ihre gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft
90 nutzt, um Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaf-
91 fen.

92

93 Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem
94 Erfolg verpflichtet. Für Deutschland ist ein starkes und geeintes Europa der beste
95 Garant für eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

96

97 So einzigartig die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung ist – selbstverständ-
98 lich ist ihr Fortgang keineswegs. Die Herausforderungen, vor denen die Europäische
99 Union steht, sind enorm. Das Vereinigte Königreich hat sich zum Austritt aus der EU
100 entschlossen. Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäi-
101 sche Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Wachstum und Beschäfti-
102 gung kommen zwar in Europa wieder besser in Schwung, die Folgen der Wirt-
103 schaftskrise sind aber noch nicht vollständig überwunden. Die Jugendarbeitslosigkeit
104 ist in Teilen Europas noch immer besorgniserregend hoch. Die freiheitlichen und de-
105 mokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind,
106 wollen wir gegen jeden Angriff durch politische Parteien und Bewegungen verteidigen.
107

108

109 Hinzu kommt: Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren
110 grundlegend verändert, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunkt-
111 setzungen der USA, das Erstarken Chinas und die Politik Russlands machen deut-
112 lich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur
113 gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre ge-
114 meinsamen Interessen durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte
115 und unser solidarisches Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirt-
116 schaft verbindet, verteidigen. Ein starkes, demokratisches, wettbewerbsfähiges und
117 soziales Europa der Menschen muss unsere Antwort auf die Herausforderungen un-
118 serer Zeit sein.

119

120 Deshalb braucht die EU eine Erneuerung und einen neuen Aufbruch:

121

122 **Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität**

123 • Wir wollen den Zusammenhalt Europas auf Basis seiner demokratischen und
124 rechtsstaatlichen Werte auf allen Ebenen vertiefen und das Prinzip der wechselseitigen
125 Solidarität stärken.

126 • Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU
127 und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt und wollen die Bürgerinnen
128 und Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in
129 Europa beteiligen. Wir wollen dadurch Europa bürgernäher und transparenter machen
130 und neues Vertrauen gewinnen.

131 • Wir wollen ein Europa der Demokratie mit einem gestärkten Europäischen Parla-
132 ment und einem lebendigen Parlamentarismus auf nationaler, regionaler und
133 kommunaler Ebene.

- 134 • Die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien, auf denen die
135 europäische Einigung ruht, müssen noch konsequenter als bisher innerhalb der
136 EU durchgesetzt werden.
137

138 **Wir wollen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen**

- 139 • Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes.
140 Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind auf das Engste mit Wachstum und
141 Wohlstand in Europa verknüpft.
- 142 • Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte im Kontext
143 der Globalisierung stärken, um zukunftsgerechte Arbeitsplätze in der EU zu si-
144 chern und neue zu schaffen: Das ist die Basis unseres künftigen Wohlstands.
- 145 • Die Soziale Marktwirtschaft, die auf Unternehmensverantwortung, Sozialpartner-
146 schaft, Mitbestimmung und einer fairen Verteilung des erwirtschafteten Wohl-
147 stands beruht, braucht eine Renaissance, gerade in Zeiten der Digitalisierung.
- 148 • Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähigkeit
149 und vollenden den digitalen Binnenmarkt.
- 150 • Wir wollen die Investitionskräfte in Europa auch dadurch stärken, dass wir Initiati-
151 ven wie das Europäische Investitionsprogramm EFSI fortführen und ausbauen.
- 152 • Wir brauchen weiterhin eine starke EU-Kohäsionspolitik in allen Regionen, insbe-
153 sondere auch in den bisherigen Übergangs- und den stärker entwickelten Regio-
154 nen. Wir wollen die wichtigen Strukturfonds der EU erhalten. Das muss auch nach
155 dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gelten.
156

157 **Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit**

- 158 • Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen. Sie
159 sind Europas Zukunft. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen auf Eu-
160 ropa setzen können. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und mobil in
161 Europa bewegen können, dass sie im Austausch mit anderen Freundschaften
162 schließen und europäisches Zusammenleben praktisch erfahren können. Deshalb
163 wollen wir die Austauschprogramme wie Erasmus+ ausbauen und die Jugendar-
164 beitslosigkeit mit mehr Mitteln der EU bekämpfen.
- 165 • Soziale Grundrechte, insbesondere das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche
166 Arbeit am gleichen Ort in der EU, wollen wir in einem Sozialpakt stärken. Wir wol-
167 len faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine
168 bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Revision der Entsenderichtlinie
169 gilt es zügig und möglichst mit weiteren Verbesserungen zum Abschluss zu brin-
170 gen.
- 171 • Wir wollen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsi-
172 cherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln. Wer konsequent gegen Lohn-
173 dumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Ländern in Eu-
174 ropa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft in
175 Deutschland.
- 176 • Wir wollen faire Mobilität fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die Sys-
177 teme der sozialen Sicherheit unterbinden.
- 178 • Wir wollen mehr Vergleichbarkeit von Bildungsstandards in der EU.
- 179 • Wir bekämpfen Steuerdumping, -betrug, -vermeidung und Geldwäsche
180 gleichermaßen international und in der EU.
- 181 • Wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne, gerade auch der
182 Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon.

- 183 • Unternehmen dürfen sich künftig nicht mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwortung
184 entziehen können, indem sie die Staaten der EU gegeneinander ausspielen.
185 Steuerdumping muss unterbunden werden.
- 186 • Wir unterstützen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage und Min-
187 destsätze bei den Unternehmenssteuern. Wir wollen mit Frankreich zusammen
188 hierfür eine Initiative ergreifen, auch um eine europäische Antwort auf internatio-
189 nale Veränderungen und Herausforderungen in diesem Bereich, nicht zuletzt in
190 den USA, zu geben.
- 191 • Die Einführung einer substantiellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum Ab-
192 schluss bringen.

193

194 **Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung**

- 195 • Globale Herausforderungen brauchen europäische Antworten. Wir sind uns einig
196 in der klaren Absage an Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus. Wir
197 brauchen international mehr und nicht weniger Kooperation.
- 198 • Lokale Herausforderungen können nur lokal wirklich gelöst werden. Deshalb brau-
199 chen wir gelebte Subsidiarität, auch um die Handlungsspielräume von Kommunen
200 und Ländern zu stärken.
- 201 • Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne einer
202 Friedensmacht Europa gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs
203 des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspan-
204 nung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein. Wir wollen die Zusammenar-
205 beit bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO) stärken und mit Leben
206 füllen.
- 207 • Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenar-
208 beit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfä-
209 higkeit sicherstellen. Alle Länder des westlichen Balkans haben eine Beitrittspers-
210 spektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und schenken der Entwick-
211 lung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit. Voraus-
212 setzung für Fortschritte bei der Annäherung ist, dass die Staaten der Region die
213 dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.
- 214 • In der Flüchtlings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Verantwor-
215 tung gerecht werden und zugleich Migration besser ordnen und steuern. Wir wol-
216 len Fluchtursachen umfassend bekämpfen, die Außengrenzen der EU gemeinsam
217 wirksamer schützen sowie eine solidarische Verantwortungsteilung in der EU
218 schaffen.
- 219 • Wir wollen mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Afrika
220 auf allen Ebenen ausbauen. Wir unterstützen einen Marshall-Plan für Afrika, um
221 die Afrikanische Union bei der Umsetzung der Agenda 2063 zu unterstützen.
- 222 • Wir wollen eine offene und faire Handelspolitik, die allen zu Gute kommt und auf
223 Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zielt.
- 224 • Die EU muss beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen und für
225 eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens eintreten.
- 226 • Die EU braucht auch eine gemeinsame Außen- und Menschenrechtspolitik.

227

228 Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die EU in ihrer Handlungsfähigkeit stärken,
229 insbesondere auch das Europäische Parlament. Wir wollen die EU finanziell stärken,
230 damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Dafür werden wir bei der Erstel-
231 lung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir
232 auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Kon-
233 vergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Aus-

234 gangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir
235 sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit. Wir wollen einen
236 Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausge-
237 richtet ist.

238
239 Wir wollen in diesem Sinne und insbesondere auch in enger Partnerschaft mit Frank-
240 reich die Eurozone nachhaltig stärken und reformieren, so dass der Euro globalen
241 Krisen besser standhalten kann. Dabei bleibt der Stabilitäts- und Wachstumspakt
242 auch in Zukunft unser Kompass. Stabilität und Wachstum bedingen einander und
243 bilden eine Einheit. Zugleich muss auch künftig das Prinzip gelten, dass Risiko und
244 Haftungsverantwortung verbunden sind. Wir wollen fiskalische Kontrolle, wirtschaftli-
245 che Koordinierung in der EU und der Eurozone sowie den Kampf gegen Steuerbe-
246 trug und aggressive Steuervermeidung vorantreiben. Die dazu aus den Mitgliedstaa-
247 ten und von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge werden wir prüfen. Den
248 Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wollen wir zu einem parlamentarisch
249 kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionsrecht
250 verankert sein sollte. Die Rechte der nationalen Parlamente bleiben davon unberührt.

251
252 Insgesamt lassen wir uns davon leiten, dass die EU für Solidarität zwischen den Mit-
253 gliedstaaten ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger stehen muss. Das Prinzip
254 der wechselseitigen Solidarität muss auch für den EU-Haushalt gelten.

255
256 Die Erneuerung der EU wird nur gelingen, wenn Deutschland und Frankreich mit
257 ganzer Kraft gemeinsam dafür arbeiten. Deshalb wollen wir die deutsch-französische
258 Zusammenarbeit weiter stärken und erneuern. Ein neuer Élysée-Vertrag ist hierzu
259 ein erster und wichtiger Schritt, der insbesondere auch die europapolitische Zusam-
260 menarbeit weiter stärken sollte. Deutschland und Frankreich müssen insbesondere
261 auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben wie der Erforschung
262 Künstlicher Intelligenz unter Beweis stellen. Wir wollen gemeinsame Positionen mög-
263 lichst zu allen wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Politik entwi-
264 ckeln und in Bereichen, in denen die EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht handlungsfähig
265 ist, vorangehen.

266
267 Von besonderer Bedeutung ist für uns ebenfalls die deutsch-polnische Partnerschaft.
268 Ihr Fundament bilden die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und die ge-
269 meinsame Verantwortung für Europa. Dabei werden wir nicht vergessen, dass Polen
270 und Ungarn den Grundstein für Europas und Deutschlands Wiedervereinigung in
271 Freiheit gelegt haben. Auf dieser Basis wollen wir die Zusammenarbeit mit unserem
272 Nachbarland Polen ausbauen. Dem zwischengesellschaftlichen Dialog kommt gera-
273 de jetzt eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb werden wir Akteure, wie z. B.
274 das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesver-
275 band, das Deutsche Polen-Institut sowie die Jugendbegegnungsstätten in Kreisau
276 und Auschwitz auch weiterhin in ihrer Arbeit stärken. Wir werden die Zusammenar-
277 beit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck intensivieren.

278
279 Wir bedauern den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Uni-
280 on. Auch nach seinem Ausscheiden wünschen wir uns eine vertrauensvolle Zusam-
281 menarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich
282 und der EU-27.

283

284 Wir treten gemeinsam dafür ein, dass Deutschland seiner europäischen Verantwor-
285 tung in einem Geist partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Solidari-
286 tät gerecht wird.

6806 **XII. Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der**
6807 **Welt**
6808

6809 Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet und fest in den Vereinten Natio-
6810 nen und der Europäischen Union verankert. Wir setzen uns für eine dauerhaft friedli-
6811 che, stabile und gerechte Ordnung in der Welt ein. Gemeinsam mit unseren Partnern
6812 verfolgen wir einen umfassenden und vernetzten Ansatz. Dabei setzen wir auf Dip-
6813 lomatie, Dialog und Kooperation sowie Entwicklungszusammenarbeit. In diesem
6814 Rahmen bleibt die Bundeswehr – wie im Weißbuch von 2016 dargelegt – ein unver-
6815 zichtbarer Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik. Unsere Politik basiert auf unseren
6816 Werten und dient unseren Interessen.

6817
6818 In den vergangenen Jahren ist die Welt unberechenbarer und unsicherer geworden –
6819 auch für Deutschland und Europa. Internationale Ordnungen und fundamentale Prin-
6820 zipien wie Multilateralismus, das Völkerrecht und die universelle Gültigkeit von Men-
6821 schenrechten sind unter Druck und drohen zu erodieren. Die Folgen des Klimawan-
6822 dels, Risiken von Handelskriegen, Rüstungswettläufen und bewaffneten Konflikten,
6823 Instabilität im Nahen und Mittleren Osten, Fluchtbewegungen, sowie neue aggressi-
6824 ve Nationalismen innerhalb und außerhalb Europas fordern uns heraus und wirken
6825 bis in unsere Gesellschaften hinein.

6826
6827 In dieser Lage ist es die überragende Aufgabe deutscher Politik, auf Regeln basie-
6828 rende internationale Kooperationen, Institutionen und Organisationen als Grundlage
6829 von Frieden, Sicherheit und Stabilität zu stärken und weiter zu entwickeln. Unser
6830 Ziel ist eine gerechte Gestaltung der Globalisierung im Sinne der Agenda 2030, die
6831 allen Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit bietet. Wir setzen auf starke
6832 Partnerschaften und Allianzen. Dabei steht die Stärkung gemeinsamen europäischen
6833 Handelns und der Gestaltungskraft der EU im Mittelpunkt.

6834
6835 Europa wird nur dann politisch und wirtschaftlich erfolgreich sein, wenn es seiner
6836 Verantwortung in der Welt gerecht wird. Europa nutzt heute sein politisches und wirt-
6837 schaftliches Potenzial zu wenig und mit zu geringem Selbstbewusstsein. Wir brau-
6838 chen eine neue Kultur der Verantwortung, die die Glaubwürdigkeit Europas als Part-
6839 ner in der westlichen Welt erhöht und unsere Position gegenüber aufstrebenden
6840 Mächten stärkt.

6841
6842 In dieser Lage verfolgt Deutschland zwei zentrale Ziele: Europa muss international
6843 eigenständiger und handlungsfähiger werden. Gleichzeitig wollen wir die Bindung an
6844 die USA festigen. Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden.

6845
6846 Wir brauchen eine entschlossene und substanzielle Außen-, Sicherheits-, Entwick-
6847 lungs- und Menschenrechtspolitik aus einem Guss. Wir wollen die dafür zur Verfü-
6848 gung stehenden Mittel deutlich stärken, um die immensen internationalen Herausfor-
6849 derungen zu bewältigen.

6850
6851 Die Zunahme von weltweiten Krisen stellt auch Deutschland vor enorme Herausfor-
6852 derungen - sowohl in der Außen- und Verteidigungspolitik wie in der Entwicklungszu-
6853 sammenarbeit. Unser Land wird gemeinsam mit unseren Nachbarn in Europa in Zu-
6854 kunft mehr eigene Verantwortung für seine Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit
6855 übernehmen müssen. Zugleich werden wir noch mehr als bisher bei gemeinsamen
6856 Initiativen in den Vereinten Nationen, in der EU oder auch im bilateralen Verhältnis

6857 zu anderen Staaten gefordert werden. Humanitäre Hilfe zu leisten bei Krieg, Bürger-
6858 krieg, Hunger und Not gehört zu unserem politischen Selbstverständnis. Aber wir
6859 verfolgen dabei auch ein umfassendes Konzept für Sicherheit. Wir wissen, dass mili-
6860 tärliche Mittel zur Abwehr von Gewalt und Terror notwendig sein können. Zugleich
6861 wissen wir aber auch, dass für eine Befriedung von Konflikten insbesondere die
6862 nachhaltige Schaffung von Lebensperspektiven in den betroffenen Ländern von zent-
6863 raler Bedeutung ist. Dies gilt insbesondere für junge Menschen. Deshalb will
6864 Deutschland die für diese Aufgaben bereitgestellten Mittel angemessen erhöhen.
6865

6866 Im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung ab 2018 bis 2021 wird die Koalition
6867 zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu nutzen, neben den Ver-
6868 teidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, aus-
6869 wärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von
6870 der Grundlage des 51. Finanzplans angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins
6871 zu eins beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (Kri-
6872 senprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwick-
6873 lungszusammenarbeit). Diese Erhöhungen dienen der Schließung von Fähigkeitslü-
6874 cken der Bundeswehr und der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Ver-
6875 teidigungsbereich wie auch gleichermaßen der Stärkung der zivilen Instrumente der
6876 Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer umfassenden ge-
6877 meinsamen Friedens- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird verbindlich mit dieser
6878 Haushaltspolitik und der Koppelung von Verteidigungsausgaben und ODA-
6879 quotenfähigen Ausgaben sowohl dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO
6880 folgen als auch den internationalen Verpflichtungen zur weiteren Steigerung der
6881 ODA-Quote nachkommen, deren beider Absinken bereits 2018 verhindert werden
6882 muss.
6883

6884 Die weitere (nicht ODA-quotenfähige) angemessene Mittelausstattung des Auswärtigen
6885 Dienstes einschließlich des Konsularwesens, z. B. zum Schutz der Auslandsver-
6886 tretungen, zur vollständigen Umsetzung des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst,
6887 sowie für den Aufbau einer einheitlichen Auslands-IT für alle Bundesbehörden, ins-
6888 besondere die diplomatischen Auslandsvertretungen, bleibt davon unberührt.
6889

6890 **1. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

6891 Wir wollen eine Europäische Union, die nach Innen erfolgreich ist und zugleich in der
6892 globalisierten Welt unsere Interessen wahrt und mit unseren Werten überzeugt. Hier-
6893 zu braucht sie eine kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und
6894 Entwicklungspolitik, die weit intensiver als bisher mit einer Stimme spricht und mit gut
6895 ausgestatteten und aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instrumenten
6896 arbeitet.
6897

6898 Dafür müssen die außenpolitischen Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU
6899 fortentwickelt werden. Analog zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im mili-
6900 tärlichen Bereich (PESCO) wollen wir auch im zivilen Bereich eine vergleichbare
6901 Struktur schaffen und werden hierzu eine Initiative anstoßen. Ebenso notwendig ist
6902 auch die Weiterentwicklung der Strukturen der EU-Entwicklungspolitik.
6903

6904 Wir werden die Europäische Verteidigungsunion mit Leben füllen. Dabei werden wir
6905 die in die PESCO eingebrachten Projekte vorantreiben und das neue Instrument des
6906 Europäischen Verteidigungsfonds nutzen. Wir setzen uns für ein angemessen aus-
6907 gestattetes Hauptquartier der EU zur Führung der zivilen und militärischen Missionen

6908 ein. Wir wollen, dass die Planungsprozesse innerhalb der EU effizienter abgestimmt
6909 und mit denen der NATO harmonisiert werden. Auch im Rahmen dieser Kooperation
6910 bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Wir werden weitere Schritte auf dem
6911 Weg zu einer „Armee der Europäer“ unternehmen.

6912
6913 Gemeinsam mit Frankreich werden wir die vereinbarten Projekte des deutsch-
6914 französischen Arbeitsplans („Feuille de Route“) engagiert fortsetzen. Gleiches gilt für
6915 die deutsch-niederländische und die deutsch-norwegische Kooperationen, die wir
6916 ausbauen wollen.

6917
6918 Damit die Fähigkeits- und Rüstungskooperation innerhalb Europas künftig effizienter
6919 wird, wollen wir in Zukunft militärische Fähigkeiten stärker gemeinsam planen, entwi-
6920 ckeln, beschaffen und betreiben. Dabei soll ein einheitliches Design auf Basis ein-
6921 heitlicher Fähigkeitsforderungen entwickelt werden und ein Staat die Federführung
6922 der Umsetzung des Projektes übernehmen. Ferner soll die Wertschöpfung dort erfol-
6923 gen, wo die beste unternehmerische und technologische Kompetenz in Industrie und
6924 Mittelstand liegt.

6925
6926 **Außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Handlungs- und Strategiefä-**
6927 **higkeit sicherstellen**

6928 Angesichts der internationalen Herausforderungen muss Deutschland seine Kapazi-
6929 täten zur strategischen Analyse stärken und seine strategische Kommunikation in-
6930 tensivieren. Deshalb wird die Bundesregierung in den Ausbau des außen-, sicher-
6931 heits- und entwicklungspolitischen Sachverständs investieren und bestehende Ein-
6932 richtungen wie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das Deutsche
6933 Institut für Entwicklungspolitik (DIE), die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
6934 (DGAP), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), das German Institute of
6935 Global and Area Studies (GIGA), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktfor-
6936 schung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg
6937 (IFSH), die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), das Zentrum für Osteuropa- und
6938 internationale Studien (ZOIS) und die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) stär-
6939 ken.

6940
6941 Zur Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit wollen wir die Idee eines „European
6942 Council on Global Responsibilities“ unterstützen, die in EU-Mitgliedstaaten wie
6943 Frankreich und Polen diskutiert wird. Der Council soll als unabhängige Institution Ini-
6944 tiativen formulieren, die Europas Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ermutigen
6945 und dazu beitragen, unsere Interessen bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung
6946 selbstbewusster zur Geltung zu bringen.

6947
6948 Die Ertüchtigung von Partnern in fragilen Regionen ist ein zentrales Ziel deutscher
6949 Sicherheitspolitik. Wir wollen darum den nationalen, von Auswärtigem Amt und Bun-
6950 desministerium der Verteidigung verantworteten Mittelansatz ausbauen und auch
6951 weiterhin den Bedarf unserer Partner an Beratung, Ausbildung und Ausstattung ab-
6952 decken. Wir setzen uns dafür ein, dass für Ertüchtigungsprojekte im Sicherheitsbe-
6953 reich auf EU-Ebene (CBSD) rasch ein gesondertes Finanzinstrument außerhalb der
6954 EU-Entwicklungsfinanzierung eingerichtet wird.

6955

6956 **2. Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften**

6957

6958 **Vereinte Nationen stärken**

6959 Die Vereinten Nationen (VN) sind Fundament einer regelbasierten Internationalen
6960 Ordnung. Deutschland will mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit überneh-
6961 men, auch mit Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Für die Jahre
6962 2019/2020 streben wir einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat an. Für die Zu-
6963 kunft streben wir einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

6964
6965 Wir sind bereit, unsere freiwilligen VN-Beiträge strategischer auszurichten und zu
6966 erhöhen. Wir werden die Vereinten Nationen weiterhin in der Friedenssicherung en-
6967 gagierte und verlässlich unterstützen, indem wir insbesondere Hochwertfähigkeiten für
6968 Friedensmissionen nach dem Rotationsprinzip bereitstellen. Zudem wollen wir den
6969 VN-Standort Bonn auf Grundlage eines neuen Gaststaatsgesetzes stärken.

6970

6971 **Transatlantische Partnerschaft als Werte- und Interessengemeinschaft festigen**

6972 Mit den USA und Kanada verbindet uns eine starke Werte- und Interessengemein-
6973 schaft. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen in unserer Nachbarschaft
6974 und die der Globalisierung bewältigen. Davon lassen wir uns in unseren Beziehun-
6975 gen leiten. Diese bleiben auch wirtschaftlich von herausragender Bedeutung für
6976 Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland und Europa.

6977

6978 Die USA durchlaufen einen tiefgreifenden Wandel, der uns vor große Herausforde-
6979 rungen stellt. Darauf werden wir unsere Politik entsprechend ausrichten. Wir wollen
6980 darauf mit Dialog und verstärkten Kooperationsangeboten reagieren. Wir setzen uns
6981 für einen offenen, intensiven Dialog mit der US-Administration, dem Kongress und
6982 Vertretern der US-Bundesstaaten ein und intensivieren unsere Anstrengungen, deut-
6983 schen und europäischen Positionen in Washington Gehör zu verschaffen. Hierzu ge-
6984 hört eine stärkere, regelmäßige Präsenz deutscher und europäischer Entscheidungs-
6985 trägerinnen und Entscheidungsträger in den USA.

6986

6987 Um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen der kommenden Generationen in-
6988 einander zu festigen, streben wir einen intensiveren Austausch mit der amerikani-
6989 schen Bevölkerung auch außerhalb der politischen und wirtschaftlichen Zentren der
6990 USA an, und wir wollen gezielt Institutionen fördern, die eine Plattform für diesen Dia-
6991 log bieten.

6992

6993 Wir werden das Deutschlandjahr in den USA in den Jahren 2018/2019 nutzen, um
6994 den gesellschaftlichen Dialog in aller Breite zu verstärken und die Kontaktmöglichkei-
6995 ten auszubauen.

6996

6997 Wir wollen faire und belastbare Handelsbeziehungen zu den USA. Protektionismus
6998 ist nicht der richtige Weg.

6999

7000 **Deutschland als verlässlicher Partner in NATO, OSZE und Europarat**

7001 Die NATO bleibt unverzichtbarer Garant und ist Fundament unserer Sicherheit.
7002 Deutschland ist und bleibt ein verlässlicher Partner in der Allianz.

7003

7004 Wir wollen den europäischen Beitrag zur transatlantischen Partnerschaft stärken und
7005 setzen uns für eine engere Zusammenarbeit der NATO und der EU ein. Wir wollen
7006 die vereinbarten NATO-Fähigkeitsziele erreichen und Fähigkeitslücken schließen.

7007
7008 Deutschland wird auch künftig einen angemessenen Beitrag zum Erhalt der Ab-
7009 schreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und zu einer starken euro-
7010 päischen Verteidigung leisten. Zugleich bleibt die NATO dialogbereit.

7011
7012 Wir begrüßen die Wiederaufnahme von regelmäßigen Konsultationen im Rahmen
7013 des NATO-Russland-Rats und werden uns auch künftig dafür einsetzen, dieses In-
7014 strument verstärkt zur Vertrauensbildung und Konfliktreduzierung zu nutzen.

7015 7016 **OSZE**

7017 Wir bekräftigen die zentrale Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenar-
7018 beit in Europa (OSZE) für die gesamteuropäische Sicherheit und Vertrauensbildung
7019 und für die Beilegung bewaffneter Konflikte in Europa. Wir setzen uns für eine Stär-
7020 kung der Sonderbeobachtermission SMM als zentrales Element zur Umsetzung der
7021 Minsker Vereinbarungen in der Ukraine ein.

7022 7023 **Europarat**

7024 Gerade in einer Zeit neuer Herausforderungen wollen wir, dass der Europarat Hüter
7025 und Bewahrer elementarer Grund- und Menschenrechte bleibt. Für die effiziente Be-
7026 wältigung der Aufgaben benötigt er eine ausreichende finanzielle Grundlage, zu der
7027 wir beitragen wollen. Wir wirken daran mit, dass eine klare wertebasierte Arbeit des
7028 Europarats stets möglich ist. Die gleichberechtigte Mitarbeit aller Mitglieder ist lang-
7029 fristig unser Ziel.

7030 7031 **3. Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik**

7032 Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Si-
7033 cherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf
7034 unserem Kontinent vermeiden. Deutschland wird deshalb neue Initiativen für Rüs-
7035 tungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Wir setzen uns entschlossen für die weltwei-
7036 te verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein.

7037
7038 Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir unterstützen daher regionale
7039 Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind. Wir setzen auf die
7040 Einhaltung und einen stetigen und verantwortlichen Ausbau der Nichtverbreitungs-
7041 und Kontrollregime.

7042
7043 Im nuklearen Bereich setzen wir uns für die strikte Einhaltung des INF-Vertrages (In-
7044 termediate Range Nuclear Forces) ein. Eine vollständige Überprüfbarkeit ist essenti-
7045 ell. Ein russischer Vertragsbruch, für den es begründete Sorgen gibt, hätte erhebliche
7046 Auswirkungen, weil derartige Waffen jedes Ziel in Europa erreichen könnten.

7047
7048 Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der
7049 NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen
7050 Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgesprä-
7051 che schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa sta-
7052 tionierten taktischen Nuklearwaffen.

7053

7054 Wir wollen den „Strukturierten Dialog“ der OSZE intensivieren, um Bedrohungs-
7055 perceptionen zu erörtern, Sicherheitskooperation wiederzubeleben und die konventi-
7056 onelle Rüstungskontrolle zu stärken.

7057
7058 Wir setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von Explosivwaffen in dicht besiedelten
7059 Gebieten, wie wir ihn mit der grausamen Kriegsführung mit Fassbomben in Syrien
7060 erleben mussten, in aller Deutlichkeit geächtet wird.

7061
7062 Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen
7063 wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.

7064
7065 Deutschland wird auch künftig für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luft-
7066 fahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten.

7067

7068 **Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik**

7069 Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein, die weder NATO noch
7070 EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt. Ergänzend zu den Kleinwaffen-
7071 grundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer
7072 exportiert werden. Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien
7073 aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten.

7074

7075 Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmit-
7076 telbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Firmen erhalten Vertrauensschutz, sofern sie
7077 nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland
7078 verbleiben. Wir wollen diese restriktive Exportpolitik mit Blick auf den Jemen auch mit
7079 unseren Partnern im Bereich der europäischen Gemeinschaftsprojekte verabreden.

7080

7081 Auf dieser Basis streben wir ebenfalls eine gemeinsame europäische Rüstungsex-
7082 portpolitik an und wollen den gemeinsamen Standpunkt der EU fortentwickeln.

7083

7084 **4. Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt**

7085

7086 **Westlicher Balkan**

7087 Wir stehen zur EU-Beitrittsperspektive der Staaten des Westlichen Balkans. Es ist
7088 Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bzw. einen EU-Beitritt,
7089 dass die Staaten der Region die dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.
7090 Dazu gehören insbesondere umfassende, nachhaltige und unumkehrbare Reformen
7091 beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und bei der Bekämpfung von Organisierter Kri-
7092 minalität und Korruption.

7093

7094 Wir setzen uns dafür ein, die Reformbemühungen der Westbalkan-Staaten noch
7095 stärker als bisher zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Zu-
7096 sammenarbeit innerhalb der Region, insbesondere im Rahmen des „Berliner Prozes-
7097 ses“, auch in Zukunft entschieden unterstützen.

7098

7099 **Russland**

7100 Deutschland hat ein nachdrückliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland
7101 und an enger Zusammenarbeit zur Sicherung von Frieden und zur Regelung wichti-
7102 ger internationaler Herausforderungen.

7103

7104 Russland ist unser größter europäischer Nachbar, mit dem wir Frieden in Europa, die
7105 Integrität nationaler Grenzen und die Souveränität aller Staaten nur auf Grundlage
7106 der OSZE-Prinzipien garantieren wollen. Es besteht im wirtschaftlichen Austausch
7107 ein großes Potenzial und im zivilgesellschaftlichen Bereich ein starkes Kooperations-
7108 interesse.

7109
7110 Deshalb bedauern wir, dass Russlands Politik, einschließlich der Menschenrechtsla-
7111 ge, einen erheblichen Rückschritt bedeutet. Russland verletzt durch seine völker-
7112 rechtswidrige Krim-Annexion und das Eingreifen im Osten der Ukraine die europäi-
7113 sche Friedensordnung. Diese gegenwärtige russische Außenpolitik verlangt von uns
7114 besondere Achtsamkeit und Resilienz.

7115
7116 Deutschland und Frankreich werden sich weiter intensiv für die Lösung des Konflikts
7117 in der Ostukraine und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einsetzen. Im Mit-
7118 telpunkt dieser Anstrengungen stehen zunächst die Einhaltung des Waffenstillstands
7119 im Osten der Ukraine und der Rückzug aller schweren Waffen und aller bewaffneten
7120 Einheiten aus diesem Gebiet. Diese Entwicklungen sollen durch eine Mission der
7121 Vereinten Nationen abgesichert werden. Sowohl Russland als auch die Ukraine
7122 müssen ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen erfüllen.

7123
7124 Bei Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sind wir zu einem Abbau der Sanktio-
7125 nen bereit und werden darüber einen Dialog mit unseren europäischen Partnern füh-
7126 ren.

7127
7128 Wir halten an der Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis
7129 Wladiwostok fest. Beide Seiten und ganz Europa können davon profitieren.

7130
7131 Ziel unserer Politik gegenüber Russland bleibt eine Rückkehr zu auf gegenseitigem
7132 Vertrauen und friedlichem Interessenausgleich basierenden Beziehungen, die wieder
7133 eine enge Partnerschaft ermöglichen.

7134
7135 Wir werden die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen
7136 Partnerschaft und mit Russland, u. a. im Petersburger Dialog, stärken und wollen die
7137 Mittel dafür erhöhen.

7138

7139 **Ukraine**

7140 Wir werden die Ukraine bei der Wiederherstellung voller territorialer Integrität sowie
7141 Stärkung der Stabilität und gesellschaftlicher Fortentwicklung engagiert unterstützen.
7142 Wir erwarten und fördern die konsequente Implementierung der Reformagenda in
7143 der Ukraine, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, mit dem Ziel einer um-
7144 fassenden Modernisierung des Landes. Unsere Finanztransfers werden wir nur unter
7145 strikten Konditionalitäten gewähren.

7146
7147 Deutschland ist bereit, sich substantiell am Wiederaufbau des Donbass zu beteiligen,
7148 sobald wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen dies
7149 ermöglichen.

7150

7151 **Türkei**

7152 Die Türkei ist ein wichtiger Partner Deutschlands und Nachbar der EU, zu dem wir
7153 vielfältige Beziehungen haben. Deshalb haben wir ein besonderes Interesse an ei-
7154 nem guten Verhältnis zur Türkei.

7155
7156 Die Lage der Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Tür-
7157 kei hat sich seit längerem verschlechtert. Deshalb wollen wir bei den Beitrittsverhand-
7158 lungen keine Kapitel schließen und keine neuen öffnen.

7159
7160 Visa-Liberalisierung oder eine Erweiterung der Zollunion sind erst dann möglich,
7161 wenn die Türkei die notwendigen Voraussetzungen erfüllt.

7162
7163 **Region des Nahen und Mittleren Ostens, Golfregion und Nordafrika**

7164 Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel
7165 als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht
7166 Israels ist für uns unumstößlich und ein Pfeiler deutscher Politik. Unser Ziel ist ein
7167 Leben aller Menschen im Nahen und Mittleren Osten ohne Angst und in Würde.

7168
7169 Deutschland wird sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer
7170 Zweistaatenlösung einsetzen. Der Status von Jerusalem wird genauso wie andere
7171 abschließende Statusthemen erst im Zuge von Verhandlungen geklärt werden, um
7172 dauerhaft akzeptiert und haltbar zu sein. Die aktuelle Siedlungspolitik Israels wider-
7173 spricht geltendem Völkerrecht und findet nicht unsere Unterstützung, weil sie eine
7174 Zwei-Staatenlösung erschwert.

7175
7176 Wir werden in der EU eine Initiative sowohl zur ausreichenden und nachhaltigen Fi-
7177 nanzierung als auch der Reform des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-
7178 Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ergreifen. Zugleich verurteilen wir jegliche
7179 Aufrufe zu Gewalt und Hetze. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt
7180 werden. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen
7181 Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. In den palästinensischen
7182 Gebieten sind auf allen Ebenen demokratische Fortschritte nötig.

7183
7184 Der Nahe und Mittlere Osten ist von politischer Instabilität, innerstaatlichen Konflikten
7185 und regionalen Spannungen geprägt. Der Krieg in Syrien ist nicht beendet, der Terror
7186 des IS ist nicht überwunden. Diese Krisen betreffen Deutschland und Europa direkt
7187 durch Fluchtbewegungen sowie durch Terroranschläge.

7188
7189 Es ist unser zentrales Interesse, den politischen Prozess zur Überwindung des syri-
7190 schen Konflikts in Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern mitzugestalten.
7191 Dabei halten wir am Prinzip der territorialen Integrität Syriens und des Iraks fest. Wir
7192 sind bereit, unser stabilisierendes, humanitäres und entwicklungspolitisches Enga-
7193 gement in beiden Staaten weiter zu intensivieren. Deutschland wird sich u. a. auch
7194 durch den Ausbau freiwilliger Rückkehrprogramme dafür engagieren, dass die Men-
7195 schen wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

7196
7197 Wir werden in diesem Rahmen auch unser Engagement im Rahmen der Anti-IS-
7198 Koalition fortsetzen und anpassen.

7199
7200 Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, Spannungen und Rivalitäten innerhalb
7201 der Region abzubauen. Dort, wo unsere Partner in der Region Reformen zur Moder-
7202 nisierung und Öffnung voranbringen (z. B. „Vision 2030“ in Saudi-Arabien“), begrü-
7203 ßen wir dies. Gleichzeitig erwarten wir insbesondere die Verbesserung der besorg-
7204 niserregenden Menschenrechtsslage.

7205

7206 Wir setzen uns dafür ein, dass die Nuklearvereinbarung mit Iran (JCPOA) bewahrt
7207 und vollständig umgesetzt wird. Dazu gehört u. a. die strikte Beachtung ihrer nuklear-
7208 technischen Bestimmungen ebenso wie der Abbau spezifischer Hindernisse, die die
7209 wirtschaftliche Aktivität Irans belasten.

7210
7211 Die Rolle Irans im Nahen- und Mittleren Osten bleibt problematisch. Wir haben Sorge
7212 wegen des ballistischen Raketenprogramms und Irans Aktivitäten in seiner Nachbar-
7213 schaft. Hierzu wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern Politikansätze entwickeln.

7214
7215 In Ländern wie Jordanien, Libanon, Ägypten und Tunesien werden wir die wirtschaft-
7216 liche und politische Stabilisierung fördern und die Resilienz gegen Gefahren terroris-
7217 tischer Strukturen stärken. Zudem werden wir die Einheitsregierung Libyens und den
7218 dortigen VN-Prozess und Institutionenaufbau auch im Rechtsbereich unterstützen.

7219 7220 **Afrika**

7221 In keiner Region der Welt zeigen sich die Veränderungen der internationalen Politik
7222 so drastisch wie in Afrika. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten
7223 Afrikas ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Es liegt in unserem eigenen wirt-
7224 schaftspolitischen, sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Interesse, zu ei-
7225 nem Abbau des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles beizutragen.

7226
7227 Unsere Afrika-Politik folgt inzwischen einem breiten Ansatz, an dem mehrere Res-
7228 ssorts beteiligt sind. Das wird seinen Ausdruck auch in der Fortschreibung und Wei-
7229 terentwicklung unserer afrikapolitischen Leitlinien finden, an der alle betroffenen
7230 Ressorts unter Federführung des Auswärtigen Amtes beteiligt werden.

7231
7232 Aufbauend auf den Weichenstellungen der vergangenen Legislaturperiode müssen
7233 wir durch entschlossene, weitreichende Maßnahmen in zentralen Bereichen unsere –
7234 deutschen wie europäischen – Handlungsansätze ausbauen: mit neuen Ansätzen für
7235 gute Regierungsführung, für den Auf- und Ausbau der afrikanischen Friedens- und
7236 Sicherheitsarchitektur, bei der Förderung von nachhaltigen und entwicklungsförder-
7237 nden Privatinvestitionen, dem Aufbau der Infrastruktur, unserer Unterstützung im Bil-
7238 dungssektor und bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowie bei der Förde-
7239 rung im Bereich der Sicherheitssektoren.

7240
7241 Anstrengungen der Afrikanischen Union (AU) und regionaler Organisationen zur ver-
7242 stärkten Integration wollen wir, auch finanziell, unterstützen.

7243
7244 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die Zusammenarbeit mit
7245 der Region der G5 Sahel im Rahmen eines umfassenden Politikansatzes die zivile
7246 und sicherheitspolitische Zusammenarbeit intensivieren. Wir unterstützen den Aufbau
7247 der neu gegründeten Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten.

7248 7249 **Lateinamerika**

7250 Lateinamerika und Europa haben vieles gemeinsam und teilen strategische Interes-
7251 sen. Wir wollen insbesondere unsere Handelsbeziehungen intensivieren und dabei
7252 die laufenden Verhandlungen der EU mit Mexiko und dem MERCOSUR zu einem
7253 baldigen Abschluss bringen. Neben Handelsfragen sind für uns Klimapolitik, Umwelt-
7254 schutz, soziale Gerechtigkeit, eine faire Globalisierung sowie Sicherheit und Frieden
7255 zentrale Punkte unserer Kooperation.

7256

7257 **Asien**

7258 Die ungebrochene Dynamik Asiens bietet weiterhin große Chancen für Deutschland
7259 und Europa. Gleichzeitig zeichnen sich in der Region massive Veränderungen der
7260 internationalen Ordnung ab. Asien birgt durch eine Vielzahl ungelöster Konflikte gro-
7261 ßes Konfliktpotenzial. Wir setzen uns daher ein für ein starkes wirtschafts-, gesell-
7262 schaft- und sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands und Europas in Asien.

7263
7264 Wir wollen unsere seit Jahrzehnten mit Japan bestehende enge und bewährte
7265 Freundschaft und Wertepartnerschaft pflegen und weiterentwickeln. Dies gilt auch für
7266 Südkorea.

7267
7268 Aufgrund Indiens geostrategischer Lage, seiner Größe und seiner dynamischen Ent-
7269 wicklung haben wir ein herausragendes Interesse an der Vertiefung unserer strategi-
7270 schen Partnerschaft.

7271
7272 Chinas Politik und künftige Entwicklung ist auch für uns von großer Bedeutung. Sei-
7273 ne geostrategische Rolle wird weiter wachsen. Dazu werden wir unsere strategische
7274 Partnerschaft ausbauen. Chinas ökonomische Entwicklung ist besonders für die
7275 deutsche Wirtschaft eine große Chance. Zugleich verlangt die Gestaltung unserer
7276 Beziehungen große Aufmerksamkeit. Deutschland und Europa müssen bei der Öff-
7277 nung ihrer Märkte auf das Prinzip der Gegenseitigkeit setzen und definieren, wo un-
7278 sere gemeinsamen strategischen Interessen liegen und wie sie gesichert werden
7279 können. Exemplarisch für Chancen und Risiken steht die Seidenstraßen-Initiative
7280 Chinas. Wir wollen hierzu eine europäische Antwort entwickeln, um unsere Interes-
7281 sen zu wahren, und deutsche und europäische Finanzinstrumente besser ausstatten
7282 und bündeln.

7283
7284 Zugleich werden wir im Dialog mit China angesichts der vielfältigen chinesischen
7285 Macht- und Einflussprojektionen die Bedeutung einer regelbasierten internationalen
7286 Ordnung für Stabilität und eine funktionierende Weltwirtschaft betonen. Dabei wer-
7287 den wir ebenso auf Wahrung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit behar-
7288 ren.

7289
7290 Nordkoreas militärisches Nuklearprogramm ist aktuell eine der größten Gefahren für
7291 den Weltfrieden. Deshalb ist das Land zu Recht mit Sanktionen belegt. Wir sind da-
7292 von überzeugt, dass es nur eine diplomatische Lösung geben kann.

7293
7294 **Afghanistan**

7295 Wir sind überzeugt, dass Afghanistan weiter unterstützt werden muss, damit es zu-
7296 künftig mit funktionierenden Sicherheitsstrukturen selbst für Sicherheit im eigenen
7297 Land sorgen kann. Unser Ziel ist ein afghanisch geführter Friedens- und Versöh-
7298 nungsprozess und eine konstruktive Einbindung der regionalen Akteure, insbesonde-
7299 re Pakistans. Wir sind bereit, gemeinsam und in Abstimmung mit unseren Verbünde-
7300 ten unser ziviles und auch unser militärisches Engagement insbesondere im Norden
7301 des Landes fortsetzen.

7302
7303 **5. Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

7304 Deutschlands Wirtschaftskraft ist die Grundlage für unseren Wohlstand und zugleich
7305 Voraussetzung für unser außenpolitisches Gewicht. Die Stärke der deutschen Wirt-
7306 schaft beruht auf ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit und internationalen Verflechtung.

7307

7308 In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, welche Standards und Regeln in
7309 Handel, Klima- und Energiepolitik die internationale Ordnung prägen werden. Inter-
7310 nationale Handels- und Wirtschaftspolitik hat in Zeiten von zunehmendem Protektio-
7311 nismus eine gestiegene außenpolitische Bedeutung. Deshalb wollen wir die zentra-
7312 len Institutionen eines regelbasierten, multilateralen Wirtschafts- und Handelssys-
7313 tems wie Welthandelsorganisation, OECD und Internationale Energieagentur, Inter-
7314 nationaler Währungsfonds und die Weltbank stärken und weitere Freihandelsab-
7315 kommen mit hohen, verbindlichen Standards und unter Einbeziehung der Zivilgesell-
7316 schaft schließen.

7317

Politische Stiftungen unterstützen

7318 Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen
7319 Dialog und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir
7320 wollen die internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstüt-
7321 zen und rechtlich sichern.

7322

7323

7324

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausbauen

7325 Der härter werdende globale Wettbewerb um Köpfe, Ideen und Werte verdeutlicht
7326 die wichtige Aufgabe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) für
7327 Deutschlands Ansehen und Einfluss in der Welt. Sie ist integraler Bestandteil unserer
7328 Außenpolitik. Wir wollen in dieser Legislaturperiode die Mittel für die Auswärtige Kul-
7329 tur- und Bildungspolitik erhöhen.

7330

7331 Wir wollen die Chancen der AKBP noch besser nutzen, indem wir den internationalen
7332 Austausch, insbesondere im Bereich Wissenschaft, Kultur, Bildung, Sprache und
7333 Sport ausbauen. Das Netzwerk des Goethe-Instituts soll insbesondere in deutsch-
7334 französischer Zusammenarbeit ausgebaut, im digitalen Bereich modernisiert und
7335 durch eine Öffnung gegenüber neuen Kooperationsformen weiterentwickelt werden.
7336 Das Netzwerk deutscher Auslandsschulen und internationaler Schulpartnerschaften
7337 soll ausgebaut und gestärkt werden. Unsere Mittler, wie etwa den Deutschen Aka-
7338 demischen Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung und das
7339 Institut für Auslandsbeziehungen, unterstützen wir in ihrem Wirken.

7340

7341 Europa ist auch ein kulturelles Projekt. Deshalb soll die europäische Dimension der
7342 AKBP auf allen Ebenen auch mit Blick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 2020
7343 noch stärker berücksichtigt werden.

7344

7345 Gerade in Krisengebieten werden wir unseren Einsatz für Kulturgüterschutz und den
7346 Erhalt kulturellen Erbes insbesondere durch das Deutsche Archäologische Institut,
7347 sowie Programme zum Schutz von verfolgten Künstlern, Wissenschaftlern und Jour-
7348 nalistinnen verstärken.

7349

7350 Wir wollen die strategische Auslandskommunikation und insbesondere die Zusam-
7351 menarbeit mit der Deutschen Welle verstärken und auf die digitale Zukunft ausrich-
7352 ten, um ein realistisches Bild von Deutschland zu befördern. Dies ist auch notwendig,
7353 um im Wettbewerb der Narrative und Werte zu bestehen und in verschiedenen Regi-
7354 onen der Welt gegen hybride Informationsverfälschung vorgehen zu können.

7355

7356 Wir wollen die kulturelle Zusammenarbeit mit Afrika verstärken und einen stärkeren
7357 Kulturaustausch befördern, insbesondere durch die Aufarbeitung des Kolonialismus
7358 sowie den Aufbau von Museen und Kultureinrichtungen in Afrika.

- 7359
7360 Wir wollen Mittel bereitstellen u. a. für die Ausstellung des Flugzeugs „Landshut“ im
7361 Gedenken an die Entführung im Jahr 1977 und für die dringend notwendige Sanie-
7362 rung der Abtei Dormitio in Jerusalem.
7363
- 7364 Wir wollen die notwendigen Reformen der UNESCO aktiv unterstützen. Dazu werden
7365 wir die Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission weiterentwickeln und sie adä-
7366 quat ausstatten.
7367
- 7368 **Deutsche Volksgruppen und Minderheiten**
- 7369 Die deutschen Volksgruppen und Minderheiten sind Teil unserer kulturellen und his-
7370 torischen Identität, bereichern die kulturelle Vielfalt in ihren Ländern und stellen ein
7371 wichtiges Band der Verbindung zwischen Deutschland und seinen Partnerländern
7372 dar. Wir wollen sie weiter fördern und unterstützen.
7373
- 7374 **6. Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe**
- 7375 Die Menschenrechte sind universell und unteilbar.
7376
- 7377 Wir wenden uns entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung
7378 von Zivilgesellschaften („Shrinking Spaces“), die sich für Demokratie, Rechtsstaat-
7379 lichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.
7380
- 7381 Wir treten weiterhin konsequent ein für die Abschaffung der Todesstrafe und das
7382 Verbot von Folter, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsa-
7383 men Konflikten, den Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, für Arbeitnehmerin-
7384 nen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaftsrechte. Wir kämpfen gegen Menschen-
7385 handel, illegalen Organhandel sowie Ausgrenzung und Gewalt aufgrund sexueller
7386 Orientierung.
7387
- 7388 Die Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen, der
7389 Europäischen Union sowie des Europarates wollen wir konsequent stärken. Wir en-
7390 gagieren uns mit Nachdruck für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes und
7391 der Ad-hoc-Tribunale der Vereinten Nationen sowie deren Unterstützung durch die
7392 internationale Staatengemeinschaft und beteiligen uns an der Weiterentwicklung des
7393 humanitären Völkerrechts. Wir bekennen uns zur Europäischen Menschenrechtskon-
7394 vention. Darüber hinaus werden wir die menschenrechtliche Kohärenz zwischen den
7395 einzelnen Politikfeldern verbessern und die Menschenrechtsarchitektur in Deutsch-
7396 land stärken.
7397
- 7398 Zum Schutz von verfolgten Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Men-
7399 schenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern wollen wir das erfolgreiche parlamen-
7400 tarische Patenschaftsprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Deut-
7401 schen Bundestags stärken.
7402
- 7403 Wir streben die Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nati-
7404 onen sowie der ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker an.
7405
- 7406 Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, das weltweit zunehmend einge-
7407 schränkt oder komplett infrage gestellt wird. Das gilt für zahlreiche religiöse Minder-
7408 heiten weltweit. Unsere Solidarität gilt allen benachteiligten religiösen Minderheiten.

7409 Dazu zählt der beharrliche Einsatz für viele Millionen verfolgter Christinnen und
7410 Christen.

7411
7412 Wir werden das Amt der/des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religi-
7413 onsfreiheit schaffen. Wir werden den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten
7414 Lage der Religionsfreiheit im zweijährigen Rhythmus und systematischen Länderan-
7415 satz fortschreiben.

7416
7417 Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirt-
7418 schaft und Menschenrechte (NAP) ein, einschließlich des öffentlichen Beschaffungswesens. Falls die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 zu dem
7419 Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht aus-
7420 reicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung ein-
7421 setzen.

7422
7423
7424 **Krisenprävention und humanitäre Hilfe**

7425 Wir werden die im Jahr 2017 beschlossenen Leitlinien für Krisenprävention, Konflikt-
7426 bearbeitung und Friedensförderung als Referenzrahmen für Deutschlands Engage-
7427 ment zur Krisenverhütung und Friedensförderung konsequent umsetzen.

7428
7429 Wir setzen den zweiten Nationalen Aktionsplan zur VN-Resolution 1325 für eine
7430 gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbewältigung
7431 und Friedenskonsolidierung um.

7432
7433 Wir werden den Zivilen Friedensdienst und das Zentrum für Internationale Friedens-
7434 einsätze (ZIF) als Kompetenzzentrum für Friedenseinsätze stärken. Mittelfristig stre-
7435 ben wir an, das ZIF auch für Aufbau und Unterhaltung einer kurzfristig verfügbaren
7436 zivilen Einsatzreserve zu befähigen.

7437
7438 Wir werden uns entsprechend der wachsenden Bedeutung humanitärer Hilfe enga-
7439 gieren und diese weiter ausbauen sowie die Wahrung der internationalen humanitären
7440 Prinzipien und das VN-System stärken. Dieses ist sowohl im Sinne der konkreten
7441 Hilfe zum Überleben von Menschen als auch der Konfliktminimierung. Wir werden die
7442 humanitäre Hilfe stärker und effizienter mit den Aufgaben der Krisenprävention, der
7443 Stabilisierung, der Katastrophenrisikovorsorge sowie der Friedensförderung abstim-
7444 men und in Umsetzung der Beschlüsse des Humanitären Weltgipfels 2016 stärker
7445 mit der strukturbildenden Entwicklungszusammenarbeit vernetzen.

7446
7447 **7. Moderne Bundeswehr**

7448 Die Bundeswehr ist Garant unserer Sicherheit. Gemeinsam mit unseren Partnern
7449 leistet sie entscheidende Beiträge zum Schutz und zur Verteidigung unseres Landes
7450 und unserer Verbündeten. Innerhalb des umfassenden und vernetzten Ansatzes en-
7451 gagiert sie sich weltweit für Frieden und Sicherheit.

7452
7453 Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Sie unterliegt der
7454 Kontrolle des Deutschen Bundestages, der damit eine besondere Verantwortung für
7455 unsere Soldatinnen und Soldaten trägt. Damit die Bundeswehr die ihr erteilten Auf-
7456 träge in allen Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen
7457 und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur Verfü-
7458 gung stellen – dies gilt insbesondere auch für den Bereich der persönlichen Ausstat-
7459 tung.

7460
7461 Hierzu werden wir die in der Bundeswehr eingeleiteten Trendwenden Personal, Ma-
7462 terial und Finanzen konsequent fortführen. Dabei erfordert die sicherheitspolitische
7463 Lage eine stärkere Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung. Die Grund-
7464 aufstellung der Bundeswehr muss dem Rechnung tragen.

7465
7466 **Aktuelle Auslandseinsätze der Bundeswehr anpassen**

7467 Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen stets im Rahmen eines politischen Kon-
7468 zepts, das fortlaufender Evaluierung unterliegt.

7469
7470 Die Bundeswehrmission im Nordirak war erfolgreich, der IS ist dort weitgehend militä-
7471 risch zurückgedrängt. Deshalb können wir das Ausbildungsmandat im Nordirak aus-
7472 laufen lassen und beenden. Die Obergrenze des Anti-IS-Mandats zur Unterstützung
7473 und Entlastung unserer Verbündeten, insbesondere Frankreichs, kann deutlich ab-
7474 gesenkt werden. In einem weiteren Schritt wollen wir dieses Mandat zur umfassen-
7475 den Stabilisierung und zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors insbesondere
7476 durch capacity building weiterentwickeln.

7477
7478 Unsere Beteiligung am RSM-Mandat (Resolute Support Mission) in Afghanistan wol-
7479 len wir bei unverändertem Auftrag fortsetzen. Im Rahmen des multilateral vereinbar-
7480 ten Schutzkonzepts für Nordafghanistan werden wir die Zahl der eingesetzten Solda-
7481 tinnen und Soldaten zum Schutz der Ausbilder erhöhen.

7482
7483 Die UN-mandatierte Mission MINUSMA in Mali wird fortgesetzt. Zur Übernahme der
7484 Feldlagerverantwortung von den Niederländern werden wir die Obergrenze im gerin-
7485 gen Umfang heraufsetzen.

7486
7487 **Für die Menschen in der Bundeswehr – ein attraktiver Arbeitgeber**

7488 Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und der Soldatin und des Soldaten als
7489 „Staatsbürger in Uniform“ ist und bleibt Maßstab. Diese Fundamente wollen wir mit
7490 dem Prozess „Innere Führung heute“ stärken. Die politische Bildung ist dabei von
7491 entscheidender Bedeutung. Ein zukunftsweisender Traditionserlass wird vornehmlich
7492 die eigene Geschichte der Bundeswehr in den Mittelpunkt stellen.

7493
7494 Kern der Einsatzbereitschaft und aller Fähigkeiten der Bundeswehr ist ausreichen-
7495 des, qualifiziertes und hochmotiviertes militärisches und ziviles Personal. Deswegen
7496 muss die Bundeswehr auch in den kommenden Jahren ein moderner, wettbewerbs-
7497 fähiger, demografiefester und attraktiver Arbeitgeber bleiben, der jederzeit über ent-
7498 sprechende Kräfte verfügt. Gute Arbeitsbedingungen sind Grundvoraussetzung für
7499 arbeitszufriedene und leistungsstarke Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitar-
7500 beiterinnen und Mitarbeiter.

7501
7502 Wir werden dazu die Gedanken der Agenda Attraktivität und die Personalstrategie
7503 der Bundeswehr weiterentwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

7504
7505 Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen
7506 Gesetzentwurf zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der
7507 Bundeswehr mit dem Ziel vorlegen, die Gehalts- und Besoldungsstrukturen wettbe-
7508 werbsgerecht zu gestalten, das Dienstrecht zu flexibilisieren, die mit den hohen Mobi-
7509 litätsanforderungen verbundenen hohen Belastungen besser auszugleichen und eine
7510 bessere soziale Absicherung von Bundeswehrangehörigen, insbesondere auch beim

7511 Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung nach Ende der Dienstzeit von Solda-
7512 tinnen und Soldaten auf Zeit zu erreichen und dadurch Versorgungslücken zu schlie-
7513 ßen und die Berufsförderung zu stärken.
7514

7515 Unterkünfte müssen bedarfsgerecht auch für nicht unterkunftspflichtige Soldatinnen
7516 und Soldaten bereitgestellt werden.
7517

7518 Wir werden die Ausbildungsstrukturen der Bundeswehr sowie ihre Führungs- und
7519 Ausbildungskultur in einer „Trendwende Ausbildung“ evaluieren, überprüfen und wei-
7520 terentwickeln. Dort, wo es sinnvoll ist, wollen wir die Strukturen der bisher in weiten
7521 Teilen zentralen Ausbildung wieder in die Truppe zurückführen. Dabei wird der Ver-
7522 teidigungsausschuss eingebunden.
7523

7524 Die Verantwortung des Dienstherrn, dem die Soldatinnen und Soldaten durch einen
7525 Dienst ein Leben lang verbunden sind, endet nicht mit ihrem Ausscheiden aus der
7526 Bundeswehr. Dies gilt gleichermaßen für die engsten Angehörigen der Soldatinnen
7527 und Soldaten, die im Einsatz für unser Land zu Schaden gekommen sind. Dazu ge-
7528 hört auch, dass Anträge auf Wehrdienstbeschädigung im Rahmen der gesetzlichen
7529 Regelungen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden.
7530

7531 Für den geleisteten Dienst aller Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für Frie-
7532 den und Freiheit gebührt diesen eine besondere gesellschaftliche Anerkennung. Die-
7533 ser Dank gilt auch den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr.
7534

7535 Infrastruktur muss insgesamt schnell zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur sachge-
7536 rechten Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Dabei arbeitet die Bundeswehr mit
7537 den Länderbehörden eng zusammen. Dazu sind Prozesse zu evaluieren, zu optimie-
7538 ren, Zuständigkeiten zu entflechten und die Handlungskompetenz der Bundeswehr
7539 zu stärken.
7540

7541 Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir vor
7542 dem Hintergrund der Trendwenden jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prü-
7543 fen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren
7544 Abgabe bereits vollzogen ist.
7545

7546 Die Bundesregierung wird dem Verteidigungsausschuss zeitnah einen umfassenden
7547 Bericht zum Militärischen Nachrichtenwesen vorlegen.
7548

7549 **Für eine modern ausgerüstete Bundeswehr**

7550 Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird.
7551

7552 Ein transparentes, effektives und in seinen Prozessen optimiertes Rüstungswesen ist
7553 die Grundlage für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten.
7554 Wir werden darum die in der vergangenen Legislaturperiode begonnene Erneuerung,
7555 Modernisierung und Erweiterung der Bundeswehr fortführen und dabei für eine Be-
7556 beschleunigung der Prozesse, insbesondere des Beschaffungswesens, sorgen.
7557

7558 Dazu bedarf es einer Anpassung der zum Teil seit Jahrzehnten unveränderten Rah-
7559 menbedingungen des Rüstungswesens in Deutschland.
7560

7561 Wir werden bis Ende 2019 untersuchen, in welcher Weise die Beschaffungsorganisa-
7562 tion der Bundeswehr an ihren Standorten in ihrer Organisationsform angepasst wer-
7563 den sollte.

7564

7565 Wir werden neben der Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Bundeswehr
7566 die notwendigen Voraussetzungen schaffen zur Gewährleistung überjähriger Pla-
7567 nungs- und Finanzierungssicherheit für Rüstungsinvestitionen.

7568

7569 Durch die differenzierte Darstellung von Rüstungsprojekten im Haushaltsplan und die
7570 halbjährlichen Rüstungsberichte ist die Transparenz für das Parlament deutlich ge-
7571 stiegen.

7572

7573 Um den Bedarf für Einsätze bzw. einsatzgleiche Verpflichtungen schneller decken zu
7574 können, werden wir Auslegungshilfen für den Verzicht auf den EU-weiten Teilnah-
7575 mewettbewerb (§ 12 Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit) zur Verfügung
7576 stellen. Zum Erhalt nationaler Souveränität bei Schlüsseltechnologien werden wir
7577 bestehende vergaberechtliche Spielräume konsequenter nutzen, Auslegungshilfen
7578 zur Verfügung stellen und prüfen, inwieweit der Ausnahmetatbestand des Art. 346
7579 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Beschaffungs-
7580 praxis stärker herangezogen werden kann. Wir werden darüber hinaus notwendige
7581 gesetzliche Anpassungen vornehmen.

7582

7583 Zur Sicherstellung technologischer Innovationsführerschaft werden wir unter Feder-
7584 führung des Bundesministerium der Verteidigung und des Bundesministerium des
7585 Innern eine „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüs-
7586 selstechnologien“ (ADIC) sowie einen IT-Sicherheitsfonds zum Schutz sicherheitsrele-
7587 vanter Schlüsseltechnologien einrichten.

7588

7589 Chancen und Risiken der Digitalisierung sind auch für die Bundeswehr das entschei-
7590 dende Zukunftsthema. Die Digitalisierung der Bundeswehr ist dabei konsequent zu
7591 verfolgen und mit den erforderlichen Ressourcen zu hinterlegen. Kennzeichen der
7592 Digitalisierung ist hohes Innovationstempo – diesem gilt es auch in der Bundeswehr
7593 gerecht zu werden. Die im Weißbuch 2016 festgelegten Entwicklungslinien der Bun-
7594 deswehr im Bereich Cybersicherheit werden dabei konsequent weiter verfolgt.

7595

7596 Wir werden im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion die Entwicklung der
7597 Euro-Drohne weiterführen. Als Übergangslösung wird die Drohne HERON TP ge-
7598 least. Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach
7599 ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung ge-
7600 sondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage er-
7601 stellen und dem Deutschen Bundestag zuleiten.

7602

7603 Vor einer zukünftigen Beschaffung von bewaffnungsfertigen Drohnen sind die kon-
7604 zeptionellen Grundlagen für deren Einsatz zu schaffen.

7605

7606 Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen.

7607

7608 **8. Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung**

7609 Globalisierung muss gerecht gestaltet werden. Die Schere zwischen arm und reich
7610 weltweit darf nicht weiter auseinanderlaufen.

7611

7612 Unser Auftrag ist die ambitionierte Umsetzung der entwicklungspolitischen Gipfelzu-
7613 sagen (G7 und G20), der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen und des Pariser Klimaabkommens unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.
7614
7615

7616 Die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung
7617 sind Maßstab des Regierungshandelns. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir kontinuierlich und ambitioniert weiterentwickeln.
7618
7619

7620 Um die vor uns liegenden globalen Herausforderungen bewältigen zu können, brauchen wir einen Dreiklang aus öffentlichen Mitteln, nachhaltigen und entwicklungsfördernden Privatinvestitionen und einer neuen fairen Handelspolitik. Eine gute Regierungsführung bei unseren Partnern ist Grundvoraussetzung für das Gelingen.
7621
7622
7623
7624

7625 Wir setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer in der internationalen Finanz- und Steuerpolitik ein, für nachhaltige Finanzierungsmechanismen und den Aufbau von effektiven und gerechten Steuersystemen.
7626
7627
7628

7629 **Fairer Handel**

7630 Fairer und nachhaltiger Handel braucht gemeinsame Regeln und klare Leitplanken. Der beste Rahmen dafür sind die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen für Handel (UNCTAD) und Entwicklung (UNIDO) sowie die Welthandelsorganisation (WTO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir neue Initiativen für einen entwicklungspolitisch wirksamen Abschluss der WTO-Welthandelsrunde und einen neuen Vorstoß für faire Handelsbeziehungen einbringen.
7631
7632
7633
7634
7635
7636
7637

7638 Wir wollen Vorreiter für eine faire Handelspolitik mit Afrika sein. Wir werden die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (EPAs) daraufhin überprüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies gilt auch für das Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU. Die Afrikanische Union unterstützen wir beim Aufbau einer einheitlichen panafrikanischen Freihandelszone.
7639
7640
7641
7642
7643
7644
7645
7646
7647
7648

7649 Die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien werden wir zügig in nationales Recht mit starken Durchsetzungsbestimmungen umsetzen und uns auf europäischer Ebene für die Abschaffung der Freigrenzen und Ausweitung auf die gesamte Lieferkette einsetzen.
7650
7651
7652
7653

7654 **Marshallplan mit Afrika umsetzen**

7655 Wir werden im Rahmen des Marshallplans mit Afrika die Zusammenarbeit mit Reformpartner- und G20-Compactländern verstärken und konditionieren. Zur Umsetzung wird ein Ressortkreis unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gebildet. Schwerpunkte werden ein Mittelstandsförder- und Startup-Programm, um mehr Chancen und menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen und zu einer Stärkung afrikanischer Angebote beizutragen.
7656
7657
7658
7659
7660
7661

7662 gen, ein Programm für Ausbildungspartnerschaften und zur Errichtung und Förde-
7663 rung von dezentralen erneuerbaren Energien sein.

7664

7665 Wir unterstützen die Transformationsprozesse der südlichen Mittelmeeranrainer und
7666 wollen die Maghreb-Staaten schrittweise weiter in den europäischen Wirtschaftsraum
7667 integrieren.

7668

7669 In den Verhandlungen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäi-
7670 schen Union streben wir eine Erhöhung der Mittel für unsere Zusammenarbeit mit
7671 Afrika an. Wir werden die Post-Cotonou-Verhandlungen aktiv und unter Einbindung
7672 der Zivilgesellschaft gestalten.

7673

7674 **Gleichberechtigung und Bildung als Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwick-** 7675 **lung**

7676 Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Förderung der Rechte
7677 von Mädchen und Frauen bleiben Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit.

7678 Wir wollen für alle gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten entlang der gesam-
7679 ten Bildungskette fördern. Wir bauen deshalb diesen Bereich in allen Partnerländern
7680 aus und wollen bis zum Ende der Legislaturperiode unsere entsprechenden Haus-
7681 haltsmittel wesentlich steigern. Wir wollen darüber hinaus als neue Initiative Investiti-
7682 onsprojekte der regionalen Entwicklungsbanken mit beruflicher Ausbildung verbind-
7683 den. Ferner erhöhen wir die Mittel für die entwicklungspolitische Bildung im Inland.

7684 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch für Entwicklungssprünge nutzen.
7685 Schwerpunkte werden die Unterstützung beim Aufbau von Digitalzentren, die Förde-
7686 rung von E-Learning und E-Health-Maßnahmen sein.

7687

7688 **Den Ausbau von sozialen Sicherungs- und Gesundheitssystemen fördern**

7689 Wir werden uns für die erfolgreiche Umsetzung des Auf- und Ausbaus universeller
7690 sozialer Basisschutzsysteme unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Nichtreg-
7691 erungsorganisationen einsetzen. Hierzu gehören insbesondere auch Gesundheits-
7692 systeme.

7693

7694 Wir wollen in die öffentliche Forschung investieren, um insbesondere vernachlässigte
7695 und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen. Internationale Partnerschaften wie
7696 den Globalen Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und die
7697 globale Impfallianz (GAVI) wollen wir mit ausreichenden Mitteln ausstatten und unse-
7698 re gegebenen Zusagen erfüllen.

7699

7700 **Für eine Welt ohne Hunger und Armut**

7701 Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt ist ein wesentliches Ziel unserer
7702 Entwicklungspolitik. Wir wollen die ländlichen Räume auch im Rahmen der Sonder-
7703 initiative „Eine Welt ohne Hunger“ stärken und stellen die Förderung von Kleinbäue-
7704 rinnen und -bauern, lokale nachhaltige Lösungen und genossenschaftliche Ansätze
7705 in den Vordergrund. Die Förderung soll vorrangig der Lebensmittelproduktion für die
7706 lokalen und regionalen Märkte dienen.

7707

7708 Jeglichen Formen unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln werden wir
7709 entgegentreten. Wir bekräftigen unsere Zusage (G7-Gipfel 2015 in Elmau), 500 Milli-
7710 onen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu führen. Wir setzen uns für ei-
7711 nen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölke-
7712 rung ein und werden „Landgrabbing“ nicht akzeptieren.

7713
7714
7715
7716
7717
7718
7719
7720
7721
7722
7723
7724
7725
7726
7727
7728
7729
7730
7731
7732
7733
7734
7735
7736
7737
7738
7739
7740
7741
7742
7743
7744
7745
7746
7747
7748
7749
7750
7751
7752
7753
7754
7755
7756
7757
7758
7759
7760
7761
7762
7763

Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel stärken

Entwicklungs- und Schwellenländer wollen wir bei ihren Anstrengungen im Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel sowie beim Schutz der biologischen Vielfalt unterstützen. Wir setzen konsequent auf die Förderung erneuerbarer Energien, auf eine dezentrale Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten, sowie auf den Zugang zu sauberer, bezahlbarer und sicherer Energie. Wir werden dazu weitere Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern eingehen.

Wir wollen Investitionsanreize für Klimaschutzprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern setzen, die Strukturen für eine Green-Economy und den Ausbau Erneuerbarer Energien verbessern. Wir wollen durch multi- und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit den Aus- und Aufbau von Kreislaufwirtschaftssystemen unterstützen.

Fluchtursachen bekämpfen – Zukunftsperspektiven schaffen

Existenzielle Notlagen führen zu Flucht und Migration. Wir wollen akute und strukturelle Fluchtursachen mindern, einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau leisten, zur Rückkehr von Flüchtlingen beitragen und Aufnahmeländer bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen weiter unterstützen. Darum bauen wir insbesondere unser „Cash for Work“-Programm und weitere Programme weiter aus.

Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Investitionen ausbauen

Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen. Die Erreichung der ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel.

Wir werden die Zusage, 0,15-0,2 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für die ärmsten Länder (LDCs) bereit zu stellen, so schnell wie möglich erreichen.

Wir werden Möglichkeiten prüfen, um Fondsgründungen mit Sitz in Deutschland mit privatem Kapital für entwicklungspolitische Zwecke zu realisieren.

Wir wollen die Instrumente der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft anpassen.

Der Einsatz staatlicher Mittel zur Mobilisierung und Absicherung privaten Kapitals kann nur dann gewährt werden, wenn die Vorhaben überprüfbar im Einklang mit den international anerkannten Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards stehen. Für die Förderung von nachhaltigen privaten Investitionen des Mittelstandes prüfen wir mit enger parlamentarischer Begleitung die Erarbeitung eines Entwicklungsinvestitionsgesetzes. Dabei wollen wir die besonderen Herausforderungen in fragilen und am wenigsten entwickelten Ländern berücksichtigen.

Unsere Kooperationspartner stärken

Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und dabei insbesondere Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, politische und private Stiftungen und Partnerschaften mit der Wirtschaft sowie mit Kommunen stärken. Austauschprogramme wie den „Weltexpertenservice“ und das Programm „weltwärts“ wollen wir weiter ausbauen.

- 7764 **Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit**
7765 Wir wollen die Wirksamkeit erhöhen, indem wir Umsetzungsvorschriften überprüfen,
7766 zeitgemäß anpassen und uns besser über ODA-relevante Vorhaben abstimmen.